

Vom kämpferischen Geist dieser Parteien im Ausgang der vierziger Jahre blieb allein in den unteren Parteieinheiten noch etwas lebendig, in Kreisverbänden und Ortsgruppen, in denen vereinzelt Gegenwehr und Auflehnung gegen die Nötigung durch die SED bis in die jüngste Zeit hinein auflebten. Dieser Widerstand reicht von passiver Resistenz in kommunalen und berufsständischen Körperschaften bis zum offenen Boykott des Regimes. In einer speziellen Analyse aus westlicher Sicht heißt es dazu: *„Bei den letzten Gemeinde- und Kreistagswahlen (vom 23. Juni 1957 — Der Verf.) ist es oppositionellen Vertretern der CDU in den ländlichen Gegenden Brandenburgs und Mecklenburgs sogar gelungen, bei der Aufstellung der Kandidaten die SED-Vertreter von den Listen zu verdrängen, da sie von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurden. Die korrupten Parteiführungen sprechen auch immer wieder davon, daß sich sogenannte feindliche Elemente aus den Schichten des Bürgertums und der Bauernschaft in ihre Reihen eingeschlichen hätten und die Unterstützung zahlreicher Mitglieder und darüber hinaus der Bevölkerung besäßen<sup>97</sup>.“* Dieser Widerstand bleibt oft verborgen; gelegentlich nur erinnert ein politischer Schauprozeß daran, daß die bürgerliche Opposition zwar zersplittert, aber nicht völlig aufgegeben werden konnte. Typisch dafür mag eine fünfköpfige Widerstandsgruppe der LDP sein, die 1956 im Bezirk Suhl festgenommen wurde. Der Führer dieser Gruppe, *Friedrich Geyer*, *„organisierte in Zeiten erhöhter Gefährdung der DDR — anlässlich des faschistischen Putschversuches am 17. Juni 1953 und während der Konterrevolution in Ungarn im Oktober 1956 — unter Anwendung konspirativer Methoden illegale Zusammenkünfte, auf denen seine staatsfeindliche Konzeption beraten wurde, und legte dabei gemeinsam mit den anderen Beschuldigten Maßnahmen zu deren Realisierung fest“*<sup>y</sup> hieß es über die Aktivität dieser Gruppe in der Anklageschrift des Bezirksstaatsanwalts<sup>97 98</sup>. Wie aus der Anklageschrift weiter hervorgeht, umfaßte die *„staatsfeindliche Konzeption“* die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse in der SBZ, vor allem der Presse- und Versammlungsfreiheit, die Auflösung der SED, die Bildung einer Koalition zwischen CDU und LDP nach Säuberung dieser Parteien von allen eingeschleusten Kommunisten sowie die Freilassung der politischen Häftlinge.

97 \* \* \* „Die Opposition gegen den Stalinismus in Mitteldeutschland“, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zu „Das Parlament“, Nr. 58/1958, S. 295.

98 Zitiert bei *Horst Lehfeld* „Der Beitrag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Erhaltung des Friedens in Europa im Herbst 1956“, in „Beiträge zur Geschichte der SED“, [Ost-]Berlin 1961, S. 465.